

Antrag

der Abgeordneten **Hafenecker, Waldhäusl, Königsberger, Ing. Huber, Tauchner**
und **Sulzberger**

betreffend: **Keine Herabsetzung der Pflegestufen**

Neben den massiven Kürzungen im Bereich der Familien stellen die geplanten Änderungen der Bundesregierung beim Pflegegeld einen weiteren Anschlag auf unser Sozialsystem dar - betroffen davon sind in erster Linie pflegebedürftige Personen die daraus die erhöhten pflegerischen Aufwendungen bestreiten. Stark betroffen sind dabei aber auch die pflegenden Angehörigen. Sie stellen den größten „Pflegedienst“ Niederösterreichs dar, 80% der Pflegedienstleistungen werden dabei von Frauen erbracht. Mit den neuen Regelungen würden in Niederösterreich 2.000 Menschen nicht mehr in den Genuss von Pflegegeld kommen, rund 3.000 würden durch die Rückstufung von Pflegestufe 2 auf Pflegestufe 1 Einbußen in der Höhe von 130 Euro monatlich erleiden. Und das, obwohl gleichzeitig Steuern und Gebühren, insbesondere in den NÖ Gemeinden, explodieren.

Die Aberkennung der Pflegestufe 1 bzw. die Rückstufung von Pflegestufe 2 auf 1 hätte zur Folge, dass sich wiederum die Familie ohne Beiziehung von Hilfsdiensten in erhöhtem Maß ohne finanzielle Unterstützung um ihre gebrechlichen und kranken Angehörigen kümmern muss. Das sollte vor allem der ÖVP-NÖ Sorgen bereiten, hat doch LH Pröll kürzlich in einem Interview gesagt, „dass die Familie NÖ das Heiligste ist“.

Bereits bisher war die Situation von pflegebedürftigen und pflegenden Menschen in Niederösterreich nicht gerade einfach, da die sozialrechtliche Absicherung mangelhaft ist. Dabei leisten pflegende Familienangehörige unschätzbare Dienste für unsere Gesellschaft und unser Sozialsystem. Eine entsprechende finanzielle Hilfestellung seitens des Staates ist die mindeste Wertschätzung, die den Pflegenden entgegengebracht werden kann. Denn eines ist klar: ohne den großartigen Einsatz unserer Pflegekräfte, meistens sind dies Frauen, könnten wir unser Sozialsystem in Niederösterreich nicht in der momentanen Form aufrechterhalten. Gerade hier den Rotstift anzusetzen ist ein weiterer Beweis für das unsoziale Verhalten der Bundesregierung.

Die gefertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

Antrag

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

„1. Der niederösterreichische Landtag lehnt das Sparpaket der Bundesregierung als sozial unausgewogen entschieden ab und fordert von der Bundesregierung mit allem Nachdruck, den Wirtschafts-, Bildungs- und Sozialstandort Österreich durch ein einseitiges Sparpaket nicht zu gefährden.

2. Die Landesregierung wird aufgefordert, im Sinne der Antragsbegründung bei der Bundesregierung vorstellig zu werden, damit das im Budget 2011 vorgesehene Sparpaket bezüglich Pflegegeld und Pflegestufen zurückgenommen wird. Dieser Bereich ist neu zu verhandeln, um die Mehrbelastung von Pflegebedürftigen und Pflegenden zu verhindern.“

Der Herr Präsident wird ersucht, diesen Antrag dem Gesundheitsausschuss so rechtzeitig zur Vorberatung zuzuweisen, dass eine Behandlung am 9.12.2010 möglich ist.